



Berlin, 05. März 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

turbulente Wochen liegen hinter uns. Der Fall Zumwinkel und die Liechtenstein-Affäre setzten die Öffentlichkeit in Erstaunen. Gefragter Ansprechpartner war der DSTG-Vorsitzende, weil sich alle Journalisten daran erinnerten, dass wir auf die Missstände und das Volumen der Steuerhinterziehung schon früher aufmerksam gemacht hatten, ohne jedoch bei der Politik ausreichend Gehör zu finden. Mit Entsetzen, Erstaunen und Empörung reagierte man auf die Enthüllungen. Schnell wird die Frage aufgeworfen, warum kann die Steuerverwaltung denn solche Vorgänge nicht von vornherein unterbinden? Die Antwort darauf ist einfach. Wir haben zuwenig Personal in den Finanzämtern. Dies hat sich in den Kreisen herumgesprochen, die über große Summen verfügen können. Und nach dem Sprichwort „Gelegenheit macht Diebe“ gibt es dort viele Diebe, wo es viel Gelegenheit gibt.

Populistisch wurde in der ersten Phase der Empörung von der Politik gefordert, den Strafraumen für Steuerhinterziehung deutlich zu erhöhen. Dabei wurde ignoriert, dass der Strafraumen keinen schreckt, wenn er das Entdeckungsrisiko als niedrig einkalkuliert. Der Strafraumen mit einer Höchststrafe von 10 Jahren Haft reicht aus. Dagegen muss nur sichergestellt werden, dass Steuerhinterziehung in größerem Umfang aufgedeckt wird, als dies heute der Fall ist. Eine höhere Aufdeckungsquote setzt eine erhöhte Steueraufsicht voraus.

10.000 Beschäftigte mehr in der Steuerverwaltung wären die richtige und angemessene politische Konsequenz. 5.000 eingesetzt werden für den Innendienst, denn im Zuständigkeitsbereich dieser Kolleginnen und Kollegen beginnt die Hinterziehung.

Wenn bei der Veranlagung keine Zeit mehr bleibt, Plausibilitätskontrollen zu machen, Verprobungsrechnungen durchzuführen, Unplausibilitäten aufzuklären, liegt in einer solchen Situation der Beginn der Versuchung für die Steuerbürger. Es beginnt im Kleinen. Es spricht sich herum, „die im Finanzamt haben keine Zeit genauer hinzusehen“. Man wird mutiger, das Unrechtsbewusstsein geht verloren.

Keiner der Steuerhinterzieher würde seinen Nachbar bestehlen, keiner der Steuerhinterzieher würde ein Auto klauen, weil jeder weiß, das Entdeckungsrisiko ist groß. Der Geschädigte in solchen Fällen erstattet Anzeige, die Polizei ermittelt. Anders bei der Steuer. Hier gibt es keinen Anzeiger. Taten werden oftmals nicht entdeckt, weil wir die personellen Kapazitäten nicht haben, solche konsequent aufzuspüren. Daran trägt die Steuerverwaltung keine Schuld. Die Beschäftigten der Steuerverwaltung geben ihr bestes. Die Verantwortung für die Defizite liegt bei den Landesfinanzministern, die ihre Steuerverwaltung personell so gering ausstatten, dass oberstes Gebot nur Mengenbewältigung sein kann. Die Misere beginnt im Innendienst und setzt sich fort bei den mangelnden Prüfungen im Außendienst.

4.000 Betriebsprüfer mehr würden ebenfalls die prophylaktische Wirkung auf steuerehrliches Verhalten um ein wesentliches erhöhen. Wenn sich herumspricht, dass zeitnah ein Betriebsprüfer vor Ort erscheint, wird die Versuchung geringer, schwarze Einnahmen zu generieren. 1.000 Fahnder mehr schließlich muss die Antwort des Staates auf das nun sichtbar gewordene Volumen der Steuerhinterziehung sein. Es ist deutlich geworden, dass dieses schädliche Phänomen sich durch alle Kreise zieht. Selbst die Chefetagen sind vor Steuerhinterziehung nicht gefeit. Dies war den Ermittler an der Front seit langem bewusst. Die Politik stellte sich blind und taub. Nun ist das öffentliche Entsetzen groß. Die Forderung nach 1.000 Fahndern mehr wurde von allen politischen Parteien jetzt positiv aufgenommen. Wir sind gespannt auf die Taten! Die Forderung nach einer Bundessteuerverwaltung, für die es keine politische Mehrheit gibt, löst das Problem nicht. Die Forderung geht an die Landesfinanzminister, aus den als politisch anerkannten Notwendigkeiten die angemessene Konsequenzen zu ziehen. Wir werden dies beobachten und die Öffentlichkeit informieren, wenn nach den großen Worten wieder nichts geschieht. Alle reden nun davon, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist, dann muss man auch dafür sorgen, dass die Taten aufgedeckt werden.

Es ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Gelegenheit macht Diebe. Alle sind gefordert, weniger Gelegenheiten zu bieten, weil es dann weniger Diebe gibt. Die Beschäftigten der Steuerverwaltung mühen sich täglich, das Phänomen der Steuerhinterziehung einzudämmen. Die Politik darf sie dabei nicht alleine lassen wie bisher.

Mit kollegialen Grüßen

*Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)*